

Gespaltene Gesellschaft

Top-Wirtschaftsforscher sind nicht unbedingt auch die gefragtesten Experten.

- Politikberatung und Grundlagenforschung sind getrennte Berufsfelder

- Der Gedankenaustausch funktioniert nicht recht.

Von Hans Christian Müller

Die Namensliste der Ökonomen, die sich die US-Präsidenten in den letzten Jahren als Berater ins Weiße Haus holten, gleicht dem Who is Who der Wirtschaftsforschung. Bill Clinton ließ sich vom späteren Nobelpreisträger Joseph Stiglitz beraten, George W. Bush von Greg Mankiw aus Harvard - und Barack Obama ließ sich von der Wirtschaftshistorikerin Christina Romer den Weg aus der Rezession weisen. Sie alle gehörten zu den umtriebigen Forschern, bevor sie der Ruf der Präsidenten erteilte.

In Deutschland sieht das anders aus: Hierzulande teilt sich die Ökonomenschar ziemlich trennscharf in zwei Teile. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die sich in der Politikberatung engagieren, auf der anderen Seite jene, die sich auf internationale Grundlagenforschung spezialisieren. Alleskönner, die in beidem stark sind, gibt es kaum. Zu diesem Schluss kommt eine neue Studie der Ökonomen Justus Haucap von der Universität Düsseldorf und Michael Mödl aus München.

Für ihre Untersuchung haben sich die beiden angesehen, welche deutschen Volkswirte in den letzten Jahren als Politikberater im Einsatz waren - welche also für Ministerien wissenschaftliche Gutachten verfasst oder sich in den Ausschüssen des Bundestags als Sachverständige geäußert haben. Danach verglichen sie die Namen mit jenen, die im Handelsblatt-Ranking der 100 forschungstärksten deutschsprachigen Ökonomen geführt werden.

Überschneidungen gab es fast keine, stellten die Autoren fest: 94 Prozent der identifizierten Berater waren nicht unter den Top 100 zu finden. Auch Haucap, der sich in wirtschaftspolitischen Beratungsgremien engagiert, ist nicht darunter. Zu den wenigen Ausnahmen gehören ZEW-Präsident Clemens Fuest und Ansgar Belke von der Uni Duisburg-Essen. Auch eine zeitliche Teilung der Karriere wie sie in den USA üblich ist, wo sich viele in jungen Jahren auf die Forschung konzentrieren und später in die Beratung wechseln, gibt es laut Haucap und Mödl nicht.

Aber sollten diejenigen, die durch Forschung neues Wissen generieren, ihre Erkenntnisse nicht selbst an die Politiker weitergeben? "Grundsätzlich muss eine solche Arbeitsteilung ja nicht falsch sein", sagt Autor Haucap. Schließlich könne der eine nun einmal besser erklären und der andere besser forschen. "Doch dann müsste zumindest der intellektuelle Gedankenaustausch zwischen beiden Gruppen funktionieren", schränkt er ein. Doch da sieht Haucap in Deutschland einige Defizite. In seinem Fachbereich, der Wettbewerbsökonomie, spüre er jedenfalls bei einigen forschungsorientierten Kollegen wenig Neigung, sich Gedanken über die Niederungen des Kartellrechts zu machen und sich für Reformen einzusetzen.

Nicht alle Beobachter sehen das Desinteresse aufseiten der Grundlagenforscher. "In der deutschen Politik gibt es noch immer eine große Skepsis gegenüber der modernen Ökonomie", sagt Rüdiger Bachmann, Makroökonom von der Universität Aachen, ein umtriebiger Blogger. Parlament und Regierung seien in Deutschland noch immer größtenteils von Juristen dominiert, die mit den neuen Ansätzen wenig anfangen könnten. "Anders als andere Regierungen hat sich die Bundesregierung

während der Finanzkrise nicht wirklich mit internationalen Finanzmarktforschern ausgetauscht", kritisiert Bachmann, jedenfalls habe das eine kleine Umfrage bei den relevanten Experten ergeben. Er rät hier dringend zu mehr Offenheit.

Haucap und Mödl dagegen würden eher auf institutionelle Änderungen setzen, um den Top-Forschern den Weg in die Beratung schmackhaft zu machen. So verweisen sie etwa auf Ideen, Ökonomen für gewisse Zeit an den Ministerien forschen und mitarbeiten zu lassen - so wie es in den USA oder auch in Großbritannien üblich ist, wo Beamte und externe Experten oft gemeinsame Projekte übernehmen.

"Es wäre schön, wenn Jobs in der Politikberatung mehr wertgeschätzt würden", meint Haucap, der eine systematische Evaluierung der Beratungstätigkeit vorschlägt. Zurzeit entscheiden vor allem die Veröffentlichungen in renommierten Fachzeitschriften über die Vergabe von Lehrstühlen. 2009 war genau über diese Frage der sogenannte Ökonomenstreit entbrannt: Damals hatten Vertreter der klassischen Wirtschaftspolitik an den Universitäten mit öffentlichen Aufrufen dagegen protestiert, dass ihr Fach an vielen Fakultäten kaum noch vorkam.

Immerhin gibt es bei der Verquickung von Forschung und Beratung inzwischen Fortschritte - etwa bei den großen Forschungsinstituten, die sich früher vor allem auf wirtschaftspolitische Gutachten konzentriert haben. "Hier hat man in den letzten Jahren viel dafür getan, in beiden Bereichen stark zu werden", sagt Clemens Fuest, der jüngst das Mannheimer ZEW übernommen hat. Allerdings erhöhe das natürlich auch den Druck auf die Mitarbeiter.

Schließlich sollen die nun das schaffen, was die Zunft als Ganzes noch nicht vollbringt: Sie müssen zusätzlich zur Beratungsarbeit auch in internationalen Journalen über grundsätzliche Fragen publizieren.